



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im
Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des
Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2018 wird folgende Änderung vorgenommen:

Bei Kap. 02 03 Tit. 685 53 wird der Ansatz für das Jahr 2018 um 2.500,0 Tsd. Euro von 12.660,0 Tsd. Euro auf 15.160,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Der Freistaat Bayern engagiert sich im Rahmen seiner Möglichkeiten weltweit mit entwicklungspolitischen Maßnahmen, um die Lebensbedingungen von Menschen in allen Regionen der Welt zu verbessern. Angesichts weiterhin steigender Flüchtlingszahlen in der europäischen Nachbarschaft, wie Nordafrika und dem Nahen Osten, soll die Staatsregierung ihre Tätigkeit verstärkt auf die Fluchtherkunftsregionen und Transitländer richten. Zwar sieht der neue Ansatz bereits zusätzliche Mittel in Höhe von jeweils 10 Mio. Euro für die Jahre 2017 und 2018 vor, diese sollen aber nur das geplante „Sonderprogramm Perspektiven für Flüchtlinge“ finanzieren. Dieses Sonderprogramm, das auf der Kabinettsklausurtagung in St. Quirin vorgestellt wurde, umfasst dabei den Nordirak, den Libanon, Tunesien und den Senegal. Keine zusätzlichen Mittel sind bislang für Fluchtursachenbekämpfung in weiteren Staaten auf dem afrikanischen Kontinent und Jordanien vorgesehen, die insbesondere unter einer prekären Wasser- und Gesundheitsversorgungssituation leiden. Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen Dr. Beate Merk stellte erst in einer Pressemitteilung vom 02.05.2016 vor ihrer Reise nach Jordanien heraus: „Wir müssen die Lebensverhältnisse vor Ort durch gezielte Hilfsprojekte nachhaltig verbessern und so den Migrationsdruck senken. Wer für sich eine Lebensperspektive vor Ort sieht, flieht nicht. Deswegen leistet auch Bayern seinen Beitrag zur Entwicklungspolitik.“ Um dieses Engagement in den besagten Gebieten außerhalb des geplanten Sonderprogramms umsetzen zu können, soll der Ansatz um weitere 2,5 Mio. Euro erhöht werden.